

**Unechte Teilortswahl
- Änderung der Hauptsatzung
- Antrag der FE-Fraktion und anderen vom 28.08.2007**

Beschluss: (21:16 Stimmen (1 Enthaltung))

1. a) Die Hauptsatzung der Stadt Ettlingen vom 1. Januar 2002, in der Fassung der Änderungssatzung vom 28. November 2001, wird wie folgt geändert:

§ 2 Absatz 4 entfällt und wird durch folgende Formulierung ersetzt:

„Die Zahl der Gemeinderäte beträgt 32.“

- b) Diese Satzung tritt mit Wirkung zur nächsten regelmäßigen Wahl des Gemeinderats im Jahr 2009 in Kraft.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Die FE-Fraktion stellte mit Unterstützung von Stadtrat Siess, mit Schreiben vom 28.08.2007, folgenden Antrag:

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Mitglieder der FE-Fraktion sowie der weitere Unterzeichner beantragen hiermit, dass der Gemeinderat der Stadt Ettlingen erneut über die Beibehaltung oder Abschaffung der unechten Teilortswahl abstimmen möge. Wir beantragen daher, folgenden Beschluss im Gemeinderat herbeizuführen:

Die unechte Teilortswahl wird abgeschafft.

Gründe:

In der Gemeinderatssitzung vom 31.01.2007 hat der Gemeinderat bereits über das oben genannte Thema abgestimmt. Wie bekannt, und seinerzeit im Einzelnen dargelegt, entsprach die Art und Weise der damaligen Beschlussfassung nach dem Verständnis der Antragssteller nicht den Ansprüchen an eine demokratische Abstimmung. Es sei nur noch einmal daran erinnert, dass die überwiegende Anzahl der CDU-Fraktion auf Aufforderung ihres Fraktionsvorsitzenden den Ratssaal vor der Abstimmung verlassen hatten. Damit war die vom Gemeinderat beschlossene geheime Abstimmung nicht mehr durchführbar. Mit dem Antrag wollen die Antragsteller vor allem erreichen, dass eine ordnungsgemäße und demokratischen Ansprüchen genügende Abstimmung zu diesem Thema durchgeführt wird.

Es ist weiter darauf hinzuweisen, dass bis heute kein wirksames Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 31.01.2007 vorliegt. Die Fertigstellung des Protokolls ist bis heute an zahlreichen Änderungswünschen zum Protokoll von Mitgliedern der CDU-Fraktion gescheitert.

Es ist für die Antragssteller kaum vorstellbar, dass die bis jetzt von der Verwaltung vorgelegten Protokolle über die Gemeinderatssitzung vom 31.01.2007 unzutreffend waren. Vielmehr dürfte der Grund der zahlreichen Änderungswünsche zum Protokoll – die nach unserer Kenntnis ausschließlich aus Kreisen der CDU-Fraktion kamen – darin zu sehen sein, die eigene Position besser darzustellen.

Da das Protokoll sieben Monate nach der Sitzung den Sitzungsverlauf kaum noch zutreffend und ausgewogen beschreiben kann, dürfte bereits unter diesem Gesichtspunkt eine neue Behandlung des Themas im Gemeinderat angezeigt sein.

Wir beantragen ergänzend, bei einer erneuten Abstimmung über das Thema im Gemeinderat das Protokoll zeitnah zu erstellen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz-Jürgen Deckers

Für das Quorum:
Hermann Siess“

- - -

Stellungnahme der Verwaltung:

Der o. g. Antrag ist am 28.08.2007 bei der Verwaltung eingegangen. Da der Antrag das nach § 34 Abs. 1 GemO erforderliche Quorum erfüllt, muss dieser auf die Tagesordnung der spätestens übernächsten Sitzung des Gemeinderats gesetzt werden.

Die Thematik wurde in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27.06.2006 (Vorberatung), Pr. Nr. 36, und in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 31.01.2007, R. Pr. Nr. 3, letztmals diskutiert. Eine Änderung der Hauptsatzung wurde nicht beschlossen, da die hierfür qualifizierte Mehrheit nicht erreicht wurde.

Aus Sicht der Verwaltung hat sich die Argumentation für die Abschaffung der Unechten Teilortswahl nicht geändert. Auf die Unterlagen zur Sitzung am 31.01.2007, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zugingen, wird daher verwiesen.

Für alle Mitglieder des Gemeinderats liegt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ettlingen als Anlage bei.

Das angemahnte Protokoll der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 31.01.2007 ist in der Offenlage zur heutigen Sitzung enthalten.

- - -

Oberbürgermeisterin Büsselmaier weist darauf hin, dass das Stimmenergebnis über die Entscheidung der Abschaffung der unechten Teilortswahl im Januar 2007 kürzlich in der Presse falsch wiedergegeben worden und das Abstimmungsergebnis damals 20:7 Stimmen gewesen sei.

Stadtrat Deckers verweist auf das Prozedere bei der Pforzheimer Straße und dass zwei Mitglieder der FE-Fraktion einen Antrag mit unterschrieben hätten, um erneut im Gemeinderat zu diskutieren, ob der Beschluss aufgehoben werden sollte oder nicht. Die FE-Fraktion habe sich dann aber darauf geeinigt, dass der demokratisch gefasste Beschluss nicht aufgehoben werden solle.

Im Gegensatz dazu fordere der jetzige Antrag der FE-Fraktion eine erneute Abstimmung über die Sache – nämlich die Abschaffung der unechten Teilortswahl - da am 31.01.2007 nach einer emotional geführten Debatte demokratisch beschlossen worden sei, geheim über diesen Tagesordnungspunkt abzustimmen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende habe damals erklärt, dass Teile der CDU-Fraktion bei einer geheimen Abstimmung den Saal verlassen würden. Dies sei auch so geschehen. Er führt weiter aus, dass er gegen den damaligen Beschluss Widerspruch beim Regierungspräsidium eingelegt habe, dieser jedoch nicht rechtswidrig wäre. Er betont, dass er diesen Widerspruch bereits in der Sitzung angekündigt habe. Das Regierungspräsidium habe ihm mit Schreiben vom 02.03.2007 mitgeteilt, dass eine erneute Behandlung des Themas nach sechs Monaten im Gemeinderat möglich wäre. Damals habe er auch bereits angekündigt, die Thematik nach sechs Monaten wieder aufzugreifen.

Seiner Meinung nach sei das Verfahren damals undemokratisch gewesen – im Gegensatz zur Beschlussfassung über die Pforzheimer Straße - und die FE-Fraktion würde sich daher mit den politischen Mitteln wehren. Er fordert, dass über das Thema heute fair und demokratisch entschieden werde, da die heutige Entscheidung Akzeptanz finden sollte. Zu dem Vorwurf, dass der Antrag zu „kurzfristig“ sei, erläutert er, dass sich die FE-Fraktion einem Antrag auf Verweis zur Vorberatung in den Verwaltungsausschuss nicht entgegenstellen würde. Er stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Stadtrat Foss fordert, keine Sachdebatte mehr über dieses Thema zu führen und weist darauf hin, dass die Abstimmung im Januar demokratisch legitimiert gewesen sei und die CDU-Fraktion hinter dieser Entscheidung stehe. Er betont, dass das Regierungspräsidium den Sitzungsverlauf im Januar nicht beanstandet habe und die FE-Fraktion damals gescheitert sei, da Stadtrat Schäfer gefehlt habe und Stadtrat Deckers sonst eine Entscheidung im Sinne der FE-Fraktion damals schon gehabt hätte. Seiner Ansicht nach habe Stadtrat Deckers bei der Vorgehensweise zur Pforzheimer Strasse richtigerweise darauf verwiesen, dass keine neuen Tatsachen vorliegen und eine Neubehandlung abgelehnt werde. Genauso verhalte es sich hier. Er weist darauf hin, dass in der Geschäftsordnung für den Gemeinderat stehe, dass für eine erneute Behandlung neue Tatsachen vorliegen müssten. Dies sei hier nicht der Fall. Zu dem Vorwurf, dass es mehrere Protokollberichtigungen seitens der CDU-Fraktion gegeben habe, erläutert er, dass diese bereits vor der Sommerpause erledigt gewesen seien und die Verwaltung die Änderungen aufgenommen habe. Er führt weiter aus, dass in der Januar-Sitzung auch der Antrag auf einen Bürgerentscheid mit 25:12 Stimmen abgelehnt worden sei. Er betont, dass dieses Thema nicht an den Verwaltungsausschuss verwiesen werden sollte und sich die CDU-Fraktion mit einer geheimen Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt einverstanden erklären würde.

Stadtrat Lorch vertritt die Auffassung, dass die Sachmaterie im Januar und auch zuvor ausführlich diskutiert worden sei und er selbst in seiner damaligen Stellungnahme die Vor- und Nachteile erläutert habe. Er weist darauf hin, dass er für die Abschaffung der unechten Teilortswahl sei und auch die erneute Behandlung im Gemeinderat legitim wäre. Seiner Ansicht nach sei das damalige Abstimmungsprozedere nicht in Ordnung gewesen und er fordere heute eine demokratische Abstimmung. Er stellt den Antrag auf geheime Abstimmung und plädiert für eine faire Abstimmung und dass alle Gemeinderäte im Sitzungssaal bleiben.

Stadträtin Saebel weist darauf hin, dass der Gemeinderat vor kurzem eine bestimmte Sachfrage nicht nochmals im Gemeinderat behandeln wollte. Sie habe auch kein Ärgernis der Bürger in der Kernstadt wahrgenommen, um dieses Thema nochmals zu beraten. Sie erklärt, dass damals zwar Teile der CDU-Fraktion den Sitzungssaal verlassen hätten, jedoch dürfte die FE-Fraktion nicht solange abstimmen lassen, bis ihr das Ergebnis passe. Man solle sich auch nicht über die Beschlüsse der Ortschaftsräte hinwegsetzen und die unechte Teilortswahl abschaffen. Ihrer Meinung nach würde das Quorum heute nur erreicht werden, weil Stadtrat Schäfer anwesend sei. Sie vertritt die Auffassung, dass es nicht sein könne, dass die Oberbürgermeisterin die Abschaffung unterstütze und gleichzeitig das Budget für die Ortschaften streichen wolle, zu Gunsten anderer Projekte in der Kernstadt. Sie weist darauf hin, dass Demokratiefragen nie zur Befriedigung aller gelöst werden könnten, aber die Entscheidungen respektiert werden müssten. Sie betont, dass sie keine weitere Abstimmung mehr zu diesem Thema wolle und erklärt, dass es in ihrer Gruppe keine einheitliche Meinung zu diesem Thema gäbe.

Stadträtin Lumpp vertritt die Auffassung, dass es heute um eine Machtfrage im Gemeinderat gehe und sie sich frage, ob dies mit dem Auftrag der Wähler vereinbar sei. Sie erklärt, dass sie persönlich für die Abschaffung der unechten Teilortswahl sei, da sie dadurch auf mehr Demokratie hoffe. Ihrer Ansicht nach sollten die Bürger zu diesem Thema befragt werden und sie stelle daher den Antrag, dass hierzu ein Bürgerentscheid durchgeführt werde. Sie ist der Meinung, dass das Thema nach außen richtig kommuniziert werden müsse und beispielsweise auch erklärt werden sollte, dass bei der unechten Teilortswahl die Mehrheitsfraktion im Gemeinderat garantierte Plätze im Gremium habe. Die Sachfrage und die Argumente

müssten an die Öffentlichkeit kommuniziert werden, da die Kernstädtler derzeit an dem Thema nicht interessiert seien.

Stadtrat Künzel lässt wissen, dass die Kluft im Gemeinderat immer größer werde und die politische Diskussion in der Sachfrage darunter leiden würde. Er erklärt für die FDP, dass die Abschaffung der unechten Teilortswahl befürwortet werde. Seiner Meinung nach habe der Gemeinderat noch andere Aufgaben und das Demokratieverständnis im Gemeinderat müsse überdacht werden.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker stellt klar, dass die im Antrag genannte Niederschrift erst heute in der Offenlage sei und zwei Gemeinderäten zur Unterschrift vorliege.

Zur Pforzheimer Straße erläutert sie, dass der Antrag vor Ablauf der 6-Monatsfrist eingegangen sei und sie diesen auf die spätestens übernächste Sitzung des Gemeinderats hätte setzen müssen. Dies habe aus ihrer Sicht jedoch keinen Sinn gemacht, da die Tatsachen dann schon geschaffen wären und sie daher eine Sondersitzung einberufen habe. In dem vorliegenden Antrag sei die Verwaltung wie üblich verfahren und sie habe diesen Antrag auf die heutige Tagesordnung des Gemeinderats setzen müssen.

Sie informiert, dass mehrere Stadträte sie aufgefordert hätten, sich bei diesem Tagesordnungspunkt zu enthalten. Sie betont, dass sie als Oberbürgermeisterin ein Stimmrecht im Gemeinderat habe und dies auch nutzen werde, da sie eine eindeutige Meinung zu diesem Thema hätte.

Der Aussage von Stadträtin Saebel, dass die Finanzmittel der Ortsteile gekürzt und für das Schloss verwendet werden würden, widerspricht sie und erläutert, dass dies zwei verschiedene Themen seien und die Ortsteile insgesamt sehr viel Geld zur Verfügung gestellt bekommen würden und man dies überdenken müsse, wenn neue Projekte in den Ortschaften in Angriff genommen werden würden.

Stadtrat Rebmann vertritt die Auffassung, dass Stadträtin Saebel bei den Themen Pforzheimer Straße und unechte Teilortswahl, Äpfel mit Birnen verglichen habe und es sich bei der Pforzheimer Straße um eine laufende Angelegenheit handle und die Beschlussfassung über die unechte Teilortswahl von grundsatzpolitischer Bedeutung sei.

Stadtrat Siess erklärt, dass er für die Abschaffung der unechten Teilortswahl sei und die Sachfrage ausführlich diskutiert worden wäre. Er ist auch der Meinung, dass der Gemeinderat selbst über diese Angelegenheit entscheiden müsse und nicht den Bürgern die Verantwortung gegeben werden sollte.

Stadtrat Dr. Ditzinger berichtet, dass er in Google „Fraktion boykottiert Abstimmung“ eingegeben habe und rund 31.000 Treffer gehabt habe. Er nennt hierzu einige Beispiele – auch von der Bundesregierung. Er weist darauf hin, dass Mitglieder der FE-Fraktion im Wahlkampf gesagt hätten, dass sie den Gemeinderat „drehen“ wollen.

Stadträtin Saebel wirft die Frage auf, wie Ettlingen reagieren würde, wenn Ettlingen in Karlsruhe eingemeindet werden würde und Karlsruhe dann die unechte Teilortswahl abschaffen wolle.

Stadträtin Kölper ist der Ansicht, dass die von Stadtrat Dr. Ditzinger genannten schlechten Beispiele in Ettlingen nicht kopiert werden sollten.

Stadträtin Zeh stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte und Abstimmung.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker stellt fest, dass es hierzu keine Gegenrede gibt.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 32:5 Stimmen (2 Enthaltungen) angenommen.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker bittet um Abstimmung über den Antrag der Freien Wähler, über die Angelegenheit einen Bürgerentscheid durchzuführen.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 26:9 Stimmen (4 Enthaltungen) ab.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker weist darauf hin, dass ein Antrag auf geheime Abstimmung vorliege und erkundigt sich, ob gewünscht sei, die nichtöffentliche Sitzung herzustellen. Sie möchte wissen, ob es Widerspruch zur geheimen Abstimmung über die Sachfrage, ob geheim abgestimmt werden solle, gäbe. Sie stellt fest, dass dem Antrag auf geheime Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt mehrheitlich zugestimmt wird.

Stadtoberamtsrat Lechner weist darauf hin, dass der Antrag auf geheime Abstimmung geheim abzustimmen sei und die Oberbürgermeisterin daher gefragt habe, ob sich Widerspruch hierzu rege. Stadtrat Foss habe als CDU-Vorsitzender in seiner Stellungnahme gesagt, dass sich die CDU-Fraktion dem gegenüber mehrheitlich nicht verschließen werde. Er erklärt, dass wenn ein Stadtrat eine geheime Abstimmung beantrage, über diesen dann entschieden werden müsse.

Stadtrat Foss erläutert, dass die CDU-Fraktion an ihrer Auffassung festhalte, dass der Tagesordnungspunkt durch eine offene Abstimmung beschlossen werden sollte, die Fraktion sich aber der Mehrheit beuge.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker stellt klar, dass die Mehrheit für eine geheime Abstimmung sei und erkundigt sich, ob hierzu jemand widerspreche. Sie weist darauf hin, dass in der Januar-Sitzung auch geheim darüber abgestimmt worden sei, ob die anschließende Sachfrage geheim beschlossen werden solle.

Stadtrat Rebmann widerspricht dem, da er eine offene Abstimmung für unzulässig hält und er daher geheim abstimmen wolle.

Stadtrat Fey ist nicht überzeugt davon, dass über die Frage, ob geheim oder nicht geheim abgestimmt werden soll, auch geheim abgestimmt werden müsse und ihm die Rechtsgrundlage hierzu fehle.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker eröffnet das Wahlverfahren und bittet um geheime Abstimmung darüber, ob über den Tagesordnungspunkt geheim abgestimmt werden soll.

Die geheime Abstimmung darüber, ob über den Tagesordnungspunkt geheim abgestimmt werden soll, wird bei 39 stimmberechtigten Mitgliedern mit 25:13 Stimmen (1 Enthaltung) beschlossen.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker stellt fest, dass die Mehrheit des Gemeinderats eine geheime Abstimmung über die Abschaffung der unechten Teilortswahl wünscht und eröffnet das geheime Abstimmungsverfahren.

Im Anschluss daran teilt Oberbürgermeisterin Büsselmaker folgendes Abstimmungsergebnis mit:

Bei 39 stimmberechtigten Mitgliedern liegen 21 Stimmen für die Abschaffung der unechten Teilortswahl vor, 16 Gegenstimmen sowie eine Enthaltung und ein ungültiger Stimmzettel.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker ergänzt, dass somit die Änderung der Hauptsatzung beschlossen ist.

- - -